



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/215 - 18. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Vorgefachte des Wahlkampfes	S. 1
Italien und der Suezkanal	S. 3
Um die Entschädigung für Häftlinge aus der SBZ	S. 5

Anhang:

Kommuniqué des Parteivorstandes
Waffen-SS-Offiziere und Bundeswehr

Die Furcht der CDU vor der Isolierung

sp. Seit Kurzem sind Gespräche zwischen massgeblichen Politikern der Bundesrepublik in Gang gekommen, deren Gegenstand das Verhältnis der Parteien zueinander während des Wahlkampfes und nach seinem Ende bei der dann notwendigen Regierungsbildung ist. Diese Gespräche hatten ihren Ursprung in Versuchen von bestimmter CDU-Seite, auf der führend die Minister Schröder und Erhard beteiligt waren. Ihr Zweck war es, wie inzwischen widerspruchslos bekanntgeworden ist, die FDP wieder aus ihrer Oppositionsstellung zur Regierung Adenauer herauszulösen. Das sollte entweder, was man für das Beste hielt, schon möglichst bald, also während des Wahlkampfes geschehen, oder, wenn das nicht möglich sein sollte, nach seinem Ende bei der Bildung einer neuen Bundesregierung. Eine weitere Frage scheint es gewesen zu sein, wie man die gegenwärtige Düsseldorf-Regierung, die im vergangenen Februar aus SPD, FDP und Zentrum gebildet worden war, wieder zugunsten einer CDU-FDP-Koalition auflösen könnte.

Solche Versuche hatten ihren Ursprung in dem Bewusstsein weiter CDU-Kreise von der wachsenden Isolierung ihrer Partei, die sich heute selbst in die Lage versetzt sieht, in die sie bei den Wahlen zum gegenwärtigen Bundestag seinerzeit die SPD hineinmanövriert hatte. Die Deutsche Partei ist nur noch sehr bedingt als selbständiger Faktor im -2-

Bild der heutigen Bonner Regierungskoalition anzusehen und die von der FDP abgesplitterte FVP, die sich mit der DP ihrer besseren Wirkungsmöglichkeiten wegen enger liieren möchte, ist von Standpunkt der CDU aus eine Grösse von äusserst fragwürdigem Wert, da sie als selbständige Gruppe vermutlich nicht einmal die Fünf-Prozentgrenze erreichen dürfte.

Die CDU-Unterhändler sind in ihren verschiedenen Gesprächen mit Abgeordneten der FDP - in erster Linie mit Döring, Kende, Weyer und Schoel - offenbar recht direkt, um nicht zuzugestehen plump vorgegangen. Man soll mit Warnungen vor dem angeblichen Macht Hunger der SPD bei einer künftigen Regierungsbildung im Bunde nicht gespart haben, was angesichts der guten Erfahrungen der FDP mit ihrem sozialdemokratischen Koalitionspartner in der Regierung von Nordrhein-Westfalen gar nicht überzeugen konnte. Dann sind auch wohl Hinweise gegeben worden, wie man die rivalisierende Gruppe der FVP "liquidieren" könne, was ja auch nicht gerade für die Pairress der CDU spreche und sie als Senior-Partner empfehlen würde. Alles in allem also offenbar recht unglücklich verlaufene Versuche der CDU, die eigene Position, deren zunehmende Schwäche man nicht mehr übersehen kann, unter allen Umständen zu verbessern.

In das Bild dieser Bemühungen fügt sich zwanglos die Unterhaltung, die am vergangenen Freitag CDU-Chef Adenauer mit Thomas Dehler gehabt hat und der, wie es jetzt heisst, am Freitag eine weitere in Gegenwart des stellvertretenden Ministerpräsidenten von Westfalen, Weyer, folgen soll. Auch das Adenauer-Dehler-Gespräch im Hause des Kölner Bankiers Pfardmenges hat aber das Bild keineswegs verändert, auch wenn es, wofür Anzeichen vorliegen, ganz auf der Linie der Bereitschaft Adenauers geführt sein sollte, "zu vergessen und zu vergeben." Die Gegensätze, die sich im Laufe der letzten anderthalb Jahre und am deutlichsten während der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen zwischen Adenauer und Dehler aufgetan haben, sind nicht von der Art, dass sie mit einigen freundlichen Gesten und einigen Schlägen an die reuevolle Brust des Mannes wieder überbrückt werden können, der sich, als er noch nicht merkte, wie schlecht es um seine politische Position stand, hochfahrend und von verletzender Anmassung zeigte.

Die Stellung der Sozialdemokratie in diesen nun verstärkt fortsetzenden Vorgefechten um die Regierungsbildung am Tage nach der dritten Bundestagswahl ist klar. Ollenhauer hat sie schon auf dem Münchner-Parteitag in seinem Referat: "An der Wende der deutschen Politik" umrissen. Die grösste Oppositionspartei beteiligt sich nicht an diesen Spekulationen, wie sie es auch entschieden ablehnt, nun mit umgekehrten Vorzeichen die Adenauer-Blockbildung gegen eine andere grosse Partei zu wiederholen. Entscheidend ist, dass der Alleinherrschaftsanspruch der CDU/CSU, wie es in den grössten Ländern der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen und Bayern schon geschah, auch im Bunde in die Schranken verwiesen wird. Ziel der Sozialdemokratie ist es, eine solche Kraft zu werden, ohne und gegen die zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch nicht mehr regiert werden kann und die in der Lage ist, im Verein mit allen der Zukunft zugewandten Kräften jene Neuorientierung der deutschen Politik herbeizuführen, deren Notwendigkeit sich mit jedem Tage stärker aufzwingt.

Vorsicht und Zurückhaltung

PE-Rom, Mitte September

Angesichts der Reisefreudigkeit, die Italiens Aussenminister Martino für gewöhnlich bekundet, musste es doppelt auffallen, dass Martino nicht zu der Sondertagung der NATO nach Paris fuhr, sondern sich auf dieser durch einen seiner Funktionäre vertreten liess. Diese Sondertagung hatte die Suezkrise zum Gegenstand. So lag es nahe, die Nichtteilnahme des italienischen Aussenministers als eine Art Demonstration der Uninteressiertheit Italiens an diesem Problem aufzufassen.

Dem freilich steht nicht nur die intensive Tätigkeit gegenüber, die der italienische Botschafter in Kairo Formari in letzter Zeit entwickelt, sondern mehr noch die Tatsache, dass, wie Minister Martino in einem Zeitungsartikel mitteilte, allein im vergangenen Jahr mehr als neun Millionen Tonnen Waren auf italienischen Schiffen durch den Suezkanal befördert wurden, dass rund 25 Prozent aller Güter, die in italienischen Häfen ausgeladen werden, den Weg über Suez genommen haben und 11 Prozent aller Waren, die Italien auf dem Seewege verlassen, für diesen Weg bestimmt sind.

Unter solchen Umständen kann nicht bezweifelt werden, dass die freie Benutzbarkeit des Suezkanals auch für Italien ein orientales wirtschaftliches Interesse darstellt und dass somit die Krise um den Suezkanal Italien ziemlich ebenso tangiert wie alle übrigen europäischen Länder. Dennoch ist man in Rom durchaus nicht gewillt, sich eindeutig an die Seite Englands und Frankreichs zu stellen und sich, etwa im Rahmen der NATO, mit irgendwelchen Gewaltschritten gegen Kasser solidarisch zu erklären. Um dies deutlich zu machen, ist Minister Martino nicht zu jener Sondersitzung nach Paris gefahren.

Italien, das als Folge des unglücklichen Kriegsausganges seine sämtlichen Kolonien verlor, hat dafür ein wichtiges Positivum eingetauscht: es ist in den Augen der farbigen - und vor allem der arabischen Welt nicht länger mit dem Odium des "Kolonialismus" behaftet. Gleich den Deutschen, sind auch die Italiener heute im ganzen Orient gern gesehene Mitarbeiter und geschätzte Handelspartner. Man weiss ja, mit welcher Grosszügigkeit sogar der Kaiser von Abessinien, der doch wahrhaft allen Grund gehabt hätte, den Italien ^{ern}graz zu sein, diese im Gegenteil gleich nach Kriegsende beschützt und gefördert hat.

Die Erregung, die sich heute allenthalben längs des Mittelmeer -4-

Südufers geltend macht, hat bisher in keinem Falle zu irgendwelchen Feindseligkeiten gegen die Italiener oder deren Erzeugnisse geführt. Erst vor kurzem wurde die von dem italienischen staatlichen Grossunternehmen E.N.I. erbaute Ölleitung vom Suezkanal nach Kairo eröffnet, und es ist bezeichnend genug, dass Staatspräsident Nasser der Feierlichkeit in offizieller Form beiwohnte und bei dieser Gelegenheit die Vertreter der italienischen Firma aufs herzlichste begrüßte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass erst vor kurzem die Reederei "Lloyd Triestino" drei grosse französische Motorschiffe angekauft hat, denen ein viertes folgen soll. Diese Schiffe waren für den Dienst auf der Linie Frankreich-Indochina bestimmt gewesen und sind mit dem Verlust Indochinas für die Franzosen mehr oder minder wertlos geworden. Italien aber gedenkt sie demnächst seinerseits auf den fernöstlichen Routen einzusetzen, in der Hoffnung, dass alle jene farbigen Passagiere, die kein englisches oder französisches Schiff besteigen würden, sich gerne dieser Schiffe unter italienischer Flagge bedienen werden.

Italien hat somit sehr gewichtige Gründe, warum es Ägypten gegenüber eine Politik beibehalten möchte, die von der in London und Paris propagierten "Politik der starken Hand" sehr wesentlich abweicht. Dass dies freilich nicht bis zu einer völligen Verleugnung der Solidarität mit dem Westen getrieben werden dürfe, hat Außenminister Martino in dem bereits erwähnten Zeitungsartikel deutlich genug betont, indem er schrieb, Italien dürfe bei aller Sympathie für die Völker der arabischen Welt doch nicht in den Fehler verfallen, aus übertriebener "Schlauheit" ein Einverständnis mit den Arabern auf Kosten des Westens erzielen zu wollen. Denn ein Bruch zwischen Westeuropa und der arabischen Welt wäre, so meinte Martino, auch für die arabischen Völker ein ungemein trauriges Ereignis und würde diese Völker unweigerlich unter die drückende Schutzherrschaft der Sowjets bringen. Das aber würde bedeuten, dass Italien unwiderruflich aus jener Welt ausgeschlossen wäre.

* * *

Ein Trauerspiel

U.D. Als der Bundestag das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz beschloss, dachte er an eine bescheidene Entschädigung für die grosse Zahl der ehemaligen Landser, die - ohne individuelles Verschulden - noch lange über das Kriegsende hinaus in fremden Ländern harte Wiedergutmachungsarbeit leisten mussten. Er durfte bei Behörden und Gerichten soviel Sachverstand und demokratische Staatsgesinnung erwarten, dass Entscheidungen, wie die im Falle des ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidenten und SA-Obergruppenführers Beckerle im Sinne des Gesetzgebers zu treffen seien.

Diese Erwartung aber hat sich nicht immer erfüllt und so ist es nur folgerichtig, dass der Kriegsopferausschuss des Bundesta es kurz vor den Parlamentsferien einen sozialdemokratischen Antrag annahm, in das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz eine Reihe von Ausschlussbestimmungen aufzunehmen. Es sind dies dieselben Tatbestände, die einen Verfolgten des Hitler-Regimes von der Wiedergutmachung nach dem Bundesentschädigungsgesetz ausschliessen, nämlich Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren oder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. Mai 1945, die Unterstützung der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewalt-herrschaft oder die Teilnahme an Handlungen zur Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Nur recht und billig ist es, wenn nun endlich der demokratische Staat die Opfer aller Gewaltregime, ob direkt oder indirekt geschädigt, mit gleicher Mässigkeit messen will.

Oberländers Versprechen...

Wie schwer sich aber eine solche überzeugende Auffassung durchsetzt zeigt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung, der dem Bundestag zugegangen ist. Es handelt sich um eine Novelle zum sogenannten Häftlingshilfegesetz, in dem Unterstützung und Versorgung ehemaliger politischer Häftlinge aus der Sowjetzone geregelt worden. Die Geschichte der Behandlung, besser der Verschleppung dieses Gesetzes ist ein ganzes Trauerspiel für sich und geeignet, erhebliche Zweifel an dem Enthusiasmus von Regierung und Koalition für "die Brüder im Osten" zu erwecken. Am 10. Juli 1954 hatte die SPD-Fraktion in einem Antrag ein Häftlingshilfegesetz gefordert das den früheren politischen Häftlingen aus der Zone u.a. eine Entschädigung für die erlittene Haft nach dem Vorbild der Kriegsgefangenenentschädigung gewähren sollte. Bei der Beratung des Antrages im Bundestag am 14. Juli 1954 sagte das zuständige Mitglied der Bundesregierung, der Vertriebenenminister Oberländer, eine schnelle Hilfe zu und erklärte, "dass nichts verzögert wird, sondern dass wir alles tun, um noch in dieser Woche die Dinge zu entscheiden".

Oberländers Woche wurde etwas lang. Erst am 11. Juni 1955 schickte die Bundesregierung dem Parlament ihren Entwurf eines Häftlingshilfegesetzes. Danach war für die entlassenen Häftlinge im wesentlichen nur eine Versorgung bei Körperschaden analog der Kriegsopferversorgung vorgesehen. Von Haftentschädigung war im Gesetzentwurf keine Rede. Die Regierung stellte lediglich ohne jede gesetzliche Untermauerung zehn Millionen DM zur Unterstützung ehemaliger Häftlinge in Notfällen zur Verfügung. Dennoch stimmte die SPD diesem unvollkommenen Gesetz zu, weil sie eine weitere Verzögerung um womöglich noch ein Jahr auf keinen Fall riskieren wollte. Das Gesetz trat am 5. August 1955 in Kraft.

Erhebliche Mängel

Schon nach kurzer Zeit stellten sich bei der Gewährung der Beihilfen aus dem Zehn-Millionen-Fonds erhebliche Mängel ein. Wo ein entlassener politischer Häftling das Glück hatte, nach der Rückkehr aus Bautzen

bald wieder in Lohn und Brot zu kommen und mehr als 200DM im Monat zu verdienen, sprachen ihm die Richtlinien des Bundesvertriebenenministers die "Bedürftigkeit" und damit seine Aussicht auf eine Haftentschädigung ab. War er verheiratet, durfte er immerhin schon 300 DM verdienen und für jedes Kind steigerte sich die Einkommensgrenze um 70 DM. Man kann sich unschwer ausmalen, als welche Verhöhnung es jemand empfinden muss, der a) nach jahrelangem Zuchthausaufenthalt und b) nach Flucht aus der Zone eine Haftentschädigung verweigert bekommt, die er doch für eine bescheidene Instandsetzung seiner Gesundheit und seines Haushalts dringend benötigt.

Für ihre Zurückhaltung in dieser Frage hatte die Bundesregierung neben dem obligatorischen "es ist kein Geld da" auch noch diese, vom Minister Oberländer auf einer Pressekonferenz in Berlin verbreitete originelle Begründung: Wollte man jedem entlassenen Häftling Geld geben, dann würde die SED geradezu herausgefordert, alle politischen Gefangenen zu entlassen, weil sie auf diese Weise das finanzielle Gefüge der Bundesrepublik beunruhigen könnte. Danach würde die Zonenregierung neue Massenverhaftungen vornehmen, die Leute sodann wieder entlassen und in den Westen schicken und so weiter ohne Ende, alles, um den Finanzminister Schäffer zu ärgern. Es gibt da nichts zu lachen, es stand so im "Bulletin".

Nur eine Konz-Bestimmung

Die erwähnten Härten waren die Gründe, die wiederum die SPD-Fraktion veranlassten, unter dem Datum des 8. November 1955 eine Ergänzung des Häftlingshilfegesetzes zu beantragen, die den politischen Gefangenen einen Rechtsanspruch auf Entschädigung ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse geben sollte. Getreu dem Grundsatz, sozialdemokratische Anträge mit Hilfe der Koalitionsfraktionen in den Ausschüssen solange auf Eis zu legen, bis die Bundesregierung von sich aus geruht, sind in Inhalt meist gleichartigen Entwurf vorzulegen, verfährt man auch hier. Runde zwei Jahre nach dem ersten Antrag der SPD, schlägt nun ein Entwurf der Bundesregierung die Aufnahme der Haftentschädigung in das Gesetz vor. Freilich, zu Großzügigkeit war die Regierung auch jetzt noch nicht bereit gewesen. Wiederum hatte die wirtschaftliche Lage des Antragstellers massgebend für die Entschädigung sein sollen. Doch hatte der Bundesrat beim ersten Durchgang dieses Gesetzes die Streichung der Bestimmung über die Bedürftigkeit beschlossen, wozu sich die Regierung widerstrebend und nach elf Wochen bereit erklärte. Mit dem Rechtsanspruch aber und damit der Gleichberechtigung der von den Kommunisten eingesperrten Demokraten mit den Kriegsgefangenen ist das immer noch eine zweifelhafte Sache. Im Gesetzentwurf heisst es nämlich: politische Gefangene "können nach Maßgabe... einmalige Beihilfen erhalten"...

* * *

Verantwortlich: Peter Faunau

Der neue SPD-Vorstand an der Arbeit

Kommuniqué über die Sitzung am 17. und 18. September

Am Montag und Dienstag tagte in Bonn zum ersten Mal der auf dem Münchener Parteitag neugewählte Vorstand der SPD.

Der Vorsitzende, Erich Ollenhauer, gab zunächst einen Überblick über die allgemeine politische Situation, wie sie sich während der letzten zwei Monate entwickelt hat. Er ging dabei vor allem auf folgende Fragen ein: Das Memorandum der Bundesregierung an die Regierung der Sowjetunion, das Problem der Umrüstung, die Entwicklung des Suez-Konfliktes, das Verbot der KP und die Einladung aus Moskau an eine Abordnung des Bundestages.

Die in der Zwischenzeit veröffentlichten Stellungnahmen massgebender Parteistellen zu diesen Fragen fanden die ausdrückliche Zustimmung des Vorstandes. Der Vorstand bekräftigte insbesondere die Auffassung, dass für die Lösung der Suez-Krise nur eine friedliche Lösung in Betracht kommen dürfe. Die SPD erwarte von der Bundesregierung, dass sie alle denkbaren Anstrengungen unternimmt, um dieses Ziel zu dienen.

Erich Ollenhauer berichtete dann über die Gespräche, die er in den letzten Tagen mit dem Vorsitzenden der FDP, Thomas Dehler, und dem Wahlkampfleiter der FDP, Döring, gehabt hat. Ollenhauer unterrichtete beide darüber, dass der Standpunkt der SPD in der Frage ihres Verhältnisses zu den anderen Parteien in der Zeit des Wahlkampfes unverändert der ist, den er schon auf dem Münchener Parteitag eingenommen hat: die SPD beteiligt sich vor den Wahlen an keinen Spekulationen über die Zusammensetzung einer künftigen Regierungskoalition. Sie ist bereit, auch künftig diejenigen Kräfte zu unterstützen und zu fördern, die mit der SPD gemeinsam das autoritäre System Adenauer ablösen wollen. Der Vorsitzende der SPD erinnerte daran, dass nach der Auffassung seiner Partei die koalitionspolitische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und Bayern positive Schritte in dieser Richtung gewesen sind. An dieser Auffassung habe sich nichts geändert. - Der Vorstand billigte ausdrücklich diese Feststellungen Ollenhauers in seinen Gesprächen mit den FDP-Politikern.

Breiten Raum nahm in der Diskussion die Fortentwicklung der Überle-

gungen ein, die sich auf die praktischen Folgen und die Realisierung der in München behandelten Problematik der zweiten Industriellen Revolution beziehen. Das Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Willi Eichler, berichtete über eine erste Vorbesprechung, die dieser Tage auf Einladung des hessischen Ministerpräsidenten Zinn in Wiesbaden stattgefunden hat. Diese Besprechungen sollen in kleinem Kreis fortgesetzt werden. Die Verabschiedung der dabei verarbeiteten Entwürfe und Vorlagen soll in einer repräsentativen Sitzung von Vertretern der Bundestagsfraktion, der verschiedenen Landtagsfraktionen und einer Reihe weiterer interessierter Persönlichkeiten am 7. und 8. Dezember in Düsseldorf erfolgen. Vorher wird dazu noch einmal der Parteivorstand Stellung nehmen. Zu den Plänen auf diesem Gebiet gehört auch ein Gesetzentwurf für die Einrichtung eines Forschungsbeirates, der gegenwärtig ausgearbeitet wird.

Der Vorstand billigte einstimmig eine Entschliessung zu der Frage der Verwendung von Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS für die Bundeswehr.

Eine ausführliche Darstellung über den letzten Stand der Saarverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich gab das Mitglied des Vorstandes, Kurt Conrad, Arbeitsminister in der Saar-Regierung. Er nannte die bisherigen Ergebnisse "erträglich". Die Vereinbarungen stellten im Grunde "eine Art Friedensvertrag mit Frankreich" dar. In der Schwebe seien noch die Frage der Währungsstellung, des Kohleverkaufs und des Röchling-Besitzes.

Am 26. November soll in Bad Vilbel eine agrarpolitische Konferenz stattfinden. Auf ihr werden in mehreren Befragten dringende Fragen der Landwirtschaftspolitik behandelt werden.

Für den 15. Oktober ist eine Zusammenkunft von Mitgliedern des Parteivorstandes mit den Sozialdemokraten vorgesehen, die in den letzten Monaten in grosser Zahl aus den Gefängnissen und Zuchthäusern der Sowjetzone und aus der Sowjetunion entlassen worden sind.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes soll am 17. Oktober, die nächste gemeinsame Tagung von Parteivorstand und Partelausschuss am 18. Oktober in Bonn stattfinden.

Waffen-SS-Offiziere und Bundeswehr

Entscheidung des Parteivorstandes

Mitteilungen des Bundesverteidigungsministeriums über eine Verwendung von Offizieren der ehemaligen Waffen-SS in der Bundeswehr haben im In- und Ausland neue Unruhen geschaffen.

Die SPD ist sich der Tatsache bewusst, dass Hunderttausende von Männern - noch dazu oft gegen ihren Willen - in der Waffen-SS gekämpft haben, wie andere Soldaten auch. Der Waffen-SS gehörten aber leider auch jene Verbände an, die als Wachmannschaften der Konzentrationslager und bei der Vernichtung von Millionen von Menschen unerbörte Verbrechen begangen und die das Ansehen unseres Volkes aufs Schwerste geschädigt haben.

Der Vorstand der SPD beauftragt die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass eine Verwendung derjenigen ausgeschlossen ist, deren persönliches Verhalten sie für den Dienst in der Armee eines demokratischen Staates ungeeignet gemacht hat und deren Verwendung in der Bundeswehr das Vertrauen zur Demokratie gefährden würde.

+ + +